

Protokoll: „Ruanda - Zwischen Demokratie und Diktatur?“ Expertendiskussion zu den Präsidentschaftswahlen“

3. August 2010, 10:00 – 12:00 h

Referenten: Gerd Hankel (Hamburger Institut für Sozialforschung), Joel Sengi (Pax Christi), Heinz Werner Wessler (Universität Bonn, Pax Christi)
Moderation: Ilona Auer-Frege (Ökumenisches Netz Zentralafrika)

Aktuelle politische Situation in Ruanda

- Gesamtentwicklung der politischen Ebene in Ruanda ist kritisch zu sehen, da ganze Politikbereiche tabuisiert werden.
- Die politische Ebene blendet aus, dass eine kurzfristige Beruhigung, die durch die durch politische Repression erreicht wird, langfristig zu einer Problemanhäufung führen muss. Der Staat bemächtigt sich der Politikdiskurse, wohingegen der öffentliche Diskurs eingeschränkt ist.
- Die ruandische Gesellschaft ist momentan von Nahrungsmangel, Armut und Arbeitslosigkeit betroffen. Das Ungleichgewicht zwischen Reichtum und Armut nimmt zu. Zudem lässt sich eine Entfremdung der Menschen vom Staat, sowie ein Zustand der Angst und des Schweigens innerhalb der Gesellschaft feststellen.
- Im wesentlichen herrschen Sicherheitsängste in Ruanda vor. Dennoch wird entgegnet, dass man die positiven Entwicklungen sehen müsse. Die Telefone werden nicht großflächig abgehört, dies sei Angstmacherei. Von außen werde die Lage dramatisiert, Sicherheit bestehe, die Opposition werde nicht drangsaliert, Journalisten können frei berichten, müssten sich aber an die international akzeptierten Regeln halten. Auch müsse man bedenken, dass der Genozid noch sehr präsent sei, ebenso wie seine Ursachen, daher versuche die ruandische Regierung eine konsequente Menschenrechtspolitik zu betreiben. Die Dezentralisierung hat das Ziel, demokratische Partizipation zu stärken. Daneben verfolge die Regierung auch das Ziel, die Menschen zu erziehen, dass man Tutsis nicht einfach töten könne, was früher einfach ein Kavaliersdelikt gewesen sei. Das Problem mit der Akkreditierung der Vertreterin von Human Rights Watch habe nur damit zu tun, dass diese versucht habe, Unterschriften zu fälschen. Daher habe man sie nicht akkreditieren können.
- Die Öffentlichkeitsarbeit der Regierung ist desolat: Bei den vielen Drangsalierungsmaßnahmen der Opposition, den Morden etc. werden kritische Anfragen systematisch abgewehrt, anstatt z.B. die Verantwortung auf jemand unten in der Hierarchie zu schieben.
- Ruanda selbst will eine menschenrechtlich orientierte Politik betreiben und engagiert sich mit seiner Armee beispielsweise in Darfur. Daher müssen menschenrechtliche Maßstäbe aber auch an das eigene Land selbst angelegt werden.
- Kirchen und Zivilgesellschaft müssen in den engen möglichen Grenzen die Opposition ersetzen, bleiben in ihrem Handlungsradius aber genauso eingegrenzt wie die restliche Gesellschaft auch.

Genozid und politische Entwicklung

- Genozidales Gedankengut ist in Ruanda noch vorhanden. Auch in Deutschland habe es auch sehr lange gedauert, bis man in Ruhe über den Holocaust reden können. Deshalb sucht Ruanda zwar den Rat von außen – doch die Außenperspektive ist immer eine andere als die Innenperspektive.

- Dieser Überlegung wird entgegnet, dass die Existenz genozidalen Gedankenguts politisch instrumentalisiert wird, was ein Problem ist..
- Der Genozid von 1994 war schrecklich und hat schlimme Nachwirkungen bei den Ruandern hinterlassen. Doch die momentane Angst um das eigene Leben beispielsweise bei politischem Widerstand gegen das politische Regime hat ganz reale, politische Ursachen.
- Die Geschichte Ruandas wird von der Regierung neu erfunden und zu einfach neu erfunden. Dafür stehen die Ingando-Camps.

Wahlen

- Das Zeitfenster 2003 bei den letzten Präsidentschaftswahlen, bei denen Kagame 95 Prozent der Stimmen erhalten hatte, wurde nicht genutzt. 2006 hat eine Kommission genozidales Gedankengut in der Bevölkerung konstatiert, ganz im Gegensatz zu den Erfolgsberichten der Wahrheits- und Versöhnungskommission. Danach gab es aber keineswegs einen neuen Politikansatz, sondern stattdessen noch mehr Druck. Wahlen sind zum selbstreferentiellen System geworden, Loyalitätserklärungen laufen sich tot und ersetzen kritische Diskurse.
- Die Diskursdominanz eines autoritären Systems in Ruanda ist kaum zu durchbrechen. Im Vergleich zu Burundi, wo sich die Oppositionsparteien freiwillig zurückziehen, herrscht Repression: die drei ehemaligen ruandischen Präsidentschaftskandidaten der Oppositionsparteien von ruandischen Sicherheitskräften inhaftiert worden. In Burundi wird viel offener debattiert, doch das Ergebnis ist ähnlich.
- Entwicklungsdiktaturen (wie in Südamerika oder auch Ruanda) sind bisher immer langfristig gescheitert; nachher werden die Aufräumarbeiten auf demokratisch gewählte Nachfolger weggeschoben.
- Beispielsweise ist im Fall der Verhaftung und Anklage gegen Victoire Ingabire und der UDF eine Chance verspielt worden, eine Öffnung des politischen Diskurses praktisch ohne Risiko bei der Präsidentschaftswahl zu ermöglichen. Dahingegen wird argumentiert, dass Kritik willkommen ist, doch immer auch die Umstände berücksichtigt werden müssen. So verträte Victoire Ingabire genozidales Denken und stehe der FDLR nahe und müsse daher gerichtlich belangt werden.
- Die Frage, ob es bei den nächsten Präsidentschaftswahlen in sieben Jahren mehr Spielraum für die Opposition und demokratischen Kräfte gibt, bleibt offen.

Protokoll: Heinz Werner Wessler